II. Sitzung.

Protokoll über die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der autonomen Stadt Steyr am 9. Februar 1923 um 6 Uhr abends.

Tagesordnung.

Gegenstand:

Berichterstatter:

1.) Mitteilung des Vorsitzenden.

I. Sektion.

2.) Nachwahl in den Vorstand der Sparkassa	G.R. Reisinger
3.) Nachwahl in den Museumsausschuss	G.R. Reisinger
4.) Anerkennung für Feuerwehrjubilare	G.R. Reisinger
5.) Erhöhung der Mahngebühren	G.R. Tribrunner
6.) Erhöhung der Hundesteuer	G.R. Baumgartner
7.) Novellierung des Mietzinshellergesetzes	G.R. Baumgartner
8.) Konzessionserwerbung.	G.R. Baumgartner

III. Sektion.

9.) Rekurs wegen Errichtung eines Objektes auf der Promenade	V.B. Russmann
10.) Überlassung einer Grundparzelle an die Bundeswasserbauverwaltung	G.R. Dr. Furrer

IV. Sektion.

11.) Beschaffung von Wäsche für das Krankenhaus	V.B. Dedic
12.) Beschlussfassung über eine Eingabe des Arbeitslosenkomitees	V.B. Dedic
13.) Beschlussfassung über eine Eingabe des Stadtschulrates (Frühstückaktion)	G.R. Lebeda
14.) Erhöhung der Armenunterstützungen	V.B. Dedic

Vertrauliche Sitzung.

Personalien.

Aufnahmen in den Gemeindeverband.

Anwesende: Vorsitzender Bürgermeister Josef Wokral.
Vizebürgermeister Nothhaft, Dedic und Russmann.

die Gemeinderäte:

Prof. Brand Wenzel
Aigner Franz
Buschberger Josef
Baumgartner Johann
Fischer Karl
Eisterlehner Johann
Dr. Furrer Ulrich
Frühwald Anton
Frau Grömmer

Heinzl Wolfgang
Klement Karl
Hitzlhammer Rudolf
Molterer Berta
Lebeda Alois
Dr. Peyrer Angermann
Neuhold Michael
Pfaff Johann
Radmoser Johann
Ruckerbauer Markus
Reisinger Ludwig
Schickl Friedrich
Saiber Alois
Schwandtner Anton
Schreiner
Stallinger Ludwig
Steinbrecher Leopold
Vogl Adalbert
Tribrunner Franz
Wolfartsberger Hans

Vom Magistrate: Magistratsdirektor Dr. Ferdinand Häuslmayr.
Als Schriftführer: Magistratsbeamter Karl Kapinus.

Entschuldigt abwesened: G.R. Kletzmayr, Kisely und Witzany.

Bürgermeister Wokral konstatiert die Beschlussfähigkeit und eröffnet die Sitzung um 17 Uhr.
Als Protokollprüfer werden die G.R. Schickl und Schwantner berufen.

Zl. 1/V.P. Der Bürgermeister begrüsst sodann den an Stelle des Vizebürgermeisters Mayrhofer einberufenen Gemeinderat Johann Pfaff und nimmt demselben das Gelöbniß ab.

Bürgermeister Wokral verliest sodann folgende Kundgebung: Zl. 175/V.P.

Seit unserer letzten Zusammenkunft im Gemeinderate hat sich ein Ereignis vollzogen, an welchem wir nicht achtlos vorübergehen können. Mitten im Frieden ist in dem Staate unseres Brudervolkes Deutschland unter dem Vorwande der Sicherstellung von Reparationen Frankreich mit Militärmacht einmarschiert und hält deutsches Gebiet besetzt. Dieses Vorgehen eines siegesübermütigen Militarismus ist aber auch darauf berechnet, die Einheit des deutschen Volkes zu stören und es mit den Machtmitteln des Krieges wirtschaftlich zu Grunde zu richten.

Beim Zusammenbruch 1918 glaubten wir deutsch-österreicher den Anschluss an das deutsche Reich bald vollziehen zu können. Durch die Friedensdiktate von Saint Germein und Versailles wurde uns das unmöglich gemacht, was uns jedoch nicht hindern kann mit aufrichtiger Bewunderung den heroischen Abwehrkampf des deutschen Brudervolkes gegen einen übermächtigen Gegner zu verfolgen und offen unsere Sympathie für das deutsche Volk auszusprechen. Wir sprechen unser tiefstes Bedauern darüber aus, dass die harte Prüfungszeit für das deutsche Volk noch immer nicht enden will. Möge das deutsche Volk jene Widerstandskraft und Ausdauer aufbringen, um diesen harten Schicksalsschlag in Einigkeit und Geschlossenheit zu ertragen.

Der Gemeinderat ist mit mir wohl eines Sinnes, wenn wir die heutige Kundgebung an das auswärtige Amt nach Wien mit der Bitte leiten, es möge der Protest des Steyrer Gemeinderates der maßgebenden Stelle im deutschen Reiche zur Kenntnis gebracht werden.

Bürgermeister Wokral schließt sodann:

Sie haben durch Erheben von den Sitzen bereits Ihre Zustimmung gegeben, ich danke dafür und werde die Kundmachung weiterleiten.

Bürgermeister Wokral teilt mit, dass zwei Anfragen vorliegen, und zwar:

Zl. 3800/23. In einer der letzten Gemeinderatssitzungen wurde beschlossen, der Firma Nathan Pollak in Steyr Lieferungsaufträge für Monturen der städtischen Sicherheitswache zu erteilen. Die Gefertigten fragen an:

1.) sind diese Lieferungen bereits erfolgt und

2.) sind dieselben von der Firma Pollak zur Zufriedenheit durchgeführt worden?

V.B. Dedic teilt mit, dass die Firma Pollak den Auftrag nicht erhalten habe, da es der Gemeinde gelungen sei, eine Wiener Firma damit zu beauftragen, wodurch der Gemeinde einige Millionen erspart wurden.

G.R. Prof. Brand wünscht über die Beantwortung der Anfrage die Einleitung einer Diskussion.

V.B. Dedic nimmt das Wort und stellt dagegen den Antrag auf Ablehnung, da die Debatte nur eine Verlängerung der Sitzung bedeuten würde.

Der Antrag des G.R. Prof. Brand wird bei der Abstimmung abgelehnt.

Bürgermeister Wokral glaubt, dass die Minorität anlässlich der bevorstehenden Präliminarberatung Gelegenheit haben werde, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Zl. 3805/23. Die zweite Anfrage des G.B. Baumgartner und Genossen lautet:

1.) Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass in der Steyrer Zeitung Nr. 12 vom 30. Jänner 1923 ein Artikel „Ein Nebenzweck der Hausnummerntafeln amtlich festgestellt“, erschienen ist, der das Bauamt und die Gemeindevertretung dem öffentlichen Spotte aussetzen sollte?

2.) Kann der Herr Bürgermeister über die Sache Aufklärung geben und gedenkt er hiezu etwas zu unternehmen?

Hiezu führt Bürgermeister Wokral folgendes aus:

Der Artikel ist mir bekannt und kann ich zur Aufklärung nur sagen, dass der Schreiber genannten Artikels sich vermutlich noch wenig in Steyr umgesehen habe, sonst wäre ihm bekannt, dass manche Häuser nach der Orientierungsnummer kaum zu finden sind. Z.B. einige Häuser in der Damberggasse, und andere Häuser in der Schleifergasse, Wehrgraben- und Aichetgasse und er würde vielleicht begreifen, warum das Stadtbauamt diesen Hauptzweck der Hausnummerntafeln amtlich festgestellt hat. Da der Schreiber des Artikels der Ansicht ist, dass gerade jetzt wichtigere Dinge im Stadtbauamt zu tun wären, so spricht Bürgermeister Wokral über die Tätigkeit des Stadtbauamtes und über die Straßenreinigung und sagt: Das Stadtbauamt würde sich, statt sich unproduktiv zu betätigen mit einer wahren Lust auf die Sanierung des Straßennetzes werfen, um noch geradezu haarsträubenden Vernachlässigungen der Vorkriegsjahre abzuwenden, aber die Absicht, grundlose Straßen gründlich zu reinigen und technisch zu verbessern, scheitert an der Unmöglichkeit, die hiefür notwendigen ungeheuren Mitteln aufzubringen.

Bürgermeister Wokral bespricht sodann noch zwei Zeitungsnotizen, in denen behauptet wird, dass der Magistrat die Milchpreise so hoch festgestellt habe und erklärt, dass daran nicht der Magistrat schuld sei, sondern jene, die die höheren Milchpreise verlangen und die der Magistrat bewilligen musste, um die Gefahr von der Stadt abzuwenden, dass keine Milch hieher geliefert werden würde. Die Gemeinde hat nichts mehr mit der Milchversorgung zu tun, da sämtliche Beschränkungen aufgehoben wurden und es zeigt sich nun, was die Bevölkerung durch den Freihandel zu spüren bekommt.

Der Vorsitzende macht sodann Mitteilung, dass die Punkte 7 wegen eines Formfehlers und Punkt 9 wegen Rückziehung des Rekurses von der Tagesordnung zurückgestellt werden.

Zl. 3801/ 3. Bürgermeister Wokral verliest sodann einen Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Prof. Brand, Russmann und Dr. Peyrer des Inhaltes, dass sie durch die Arbeitslosigkeit verursachte Not sich in Steyr besonders fühlbar macht, weil auch die Waffenfabrik zahlreiche Entlassungen vorgenommen

hat. Um nun der großen Arbeitslosigkeit in Steyr wenigstens einigermaßen entgegenzuwirken, stellen die genannten Gemeinderäte den Dringlichkeitsantrag:

Die Regierung wird aufgefordert, die Bahnbauten in Steyr, Garsten, sowie den Ausbau der elektrischen Bahn St. Florian - Steyr in das Programm der produktiven Arbeitslosenfürsorge auf jeden Fall aufzunehmen.

Prof. Brand begründet in kurzen Worten die Dringlichkeit und wird diese einstimmig angenommen. Zum Antrage selbst berichtet G.R. Prof. Brand über die Vorsprache einer Deputation in Linz, welcher seitens der Landesregierung vollstes Entgegenkommen versichert und versprochen wurde, diese Bauten in das Programm der Notstandsarbeiten aufzunehmen.

G.R. Tribrunner schließt sich dem Antrage an und meint, es ist schon sehr viel versprochen worden und wäre jetzt endlich zu hoffen, dass die Versprechen eingelöst werden, um der Not und dem Elende abzuhelpfen.

G.R. Vogl beklagt sich darüber, dass der Bau auf der Ennsleiten eingestellt werden musste, und ersucht zur Linderung der Wohnungsnot bei der Landesregierung auch diesbezüglich zu intervenieren.

Bürgermeister Wokral verweist G.R. Vogl hinsichtlich seiner Anregung auf Punkt 12 der Tagesordnung, dagegen verspricht Prof. Brand sich als Abgeordneter für die Anregung des G.R. Vogl einzusetzen.

Der Dringlichkeitsantrag wird sodann einstimmig angenommen.

I. Sektion.

Zl. 177/V.P. Punkt 2.) Nachwahl in den Vorstand der Sparkassa.

G.R. Reisinger stellt namens der I. Sektion den Antrag: Der Gemeinderat entsende in den Vorstand der Sparkassa Herrn Krottenau.

Wird ohne Debatte angenommen.

Zl. 2065/23. Punkt 3.) Nachwahl in den Museumsausschuss.

G.R. Reisinger stellt namens der I. Sektion den Antrag:

Der Gemeinderat entsende in den Museumsausschuss Herrn Vizebürgermeister Karl Dedic.

Wird ohne Debatte angenommen.

Zl. 1243/23. Punkt 4.) Anerkennung für Feuerwehrjubilare.

G.R. Reisinger stellt namens der I. Sektion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat spricht den Jubilaren der freiwilligen Feuerwehr in Steyr, und zwar:

Ludwig Möstl
Karl Derfler
Michael Lukas
Mathias Duftschmied
Johann Windtner
Paul Steffin

für 25-jährige Dienstzeit und

Alois Richter
Franz Vogt
Josef Stein
Moriz Schulz
Moriz Wurmfeld

für 40-jährige Dienstzeit,

Alois Stiasny und
Alois Semlitzka

für 50 jährige Dienstzeit im Dienste der Allgemeinheit Dank und Anerkennung aus. Der Herr Bürgermeister wird ersucht, die Jubilare von diesem Beschlusse schriftlich zu verständigen. Bürgermeister Wokral schließt sich dem Antrage der Sektion an und meint, den Jubilaren gebührt der Dank des Gemeinderates durch Erheben von den Sitzen. Geschieht. Gemeinderat Wolfartsberger dankt als Kommandant im Namen der Jubilare.

Zl. 1621/23. Punkt 5.) Erhöhung der Mahngebühren.

G.R. Tribrunner verliest den Amtsbericht und stellt namens der I. Sektion folgenden Antrag:

Die Mahngebühren werden geregelt wie folgt:

a) für die Aufmahnung zur Einzahlung eines Betrages bis einschließlich 10.000 Kronen

für die I. Mahnung 1000 K

für die II. Mahnung 1500 K

für die III. Mahnung 2000 K

b) für die Aufmahnung zur Einzahlung eines Betrages über 10.000 Kronen

für die I. Mahnung 1500 K

für die II. Mahnung 2000 K

für die III. Mahnung 4000 K

Gleichzeitig werden die Gebühren für die Einhebung von vorgeschriebenen, von den Parteien aber nicht zur Einzahlung gebrachten Geldbeträgen wie folgt erhöht:

a) für die Einbringung eines Betrages bis einschließlich 10.000 Kronen K 2.000

b) für die Einbringung eines Betrages über 10.000 Kronen K 4.000.

Der Beschluss tritt am 15. Februar 1923 in Kraft.

G.R. Prof. Brand erklärt, die Minorität sehe ein, dass bei den erhöhten Ausgaben der Gemeinde, um das Gleichgewicht zu erhalten, erhöhte Einnahmen notwendig sind. Aber andererseits werde immer vom Abbau des Personals und von sonstigen Ersparungen gesprochen und das Bauamt macht Ausgaben, von denen der Gemeinderat und die Bausektion nichts weiß. Daher wird sie gegen jede Erhöhung stimmen.

Vizebürgermeister Dedic bemerkt hiezu, dass einige Angestellte bereits entlassen seien, dass aber, solange die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist, der Abbau nicht zur Durchführung gelangen könne. Bei Aufhören der Arbeitslosigkeit können z.B. im Arbeitslosenamte sofort 6 Angestellte entlassen werden. Demgegenüber werden von Seite des Bundes stets neue Arbeiten zugewiesen, so ist mit 1. Februar die Invalidenfürsorge zu übernehmen, was wieder einen neuen Beamten erfordert. Auch die Gemeindearbeiter können nicht noch mehr eingeschränkt werden, umso mehr, als immer verlangt wird, dass möglichst viel gemacht werden soll. Der Landtag und der Bund machen den Gemeinden die größten Schwierigkeiten, die vom Gemeinderat genehmigten Steuern werden seit einem Jahre nicht bewilligt.

G.R. Prof. Brand: Wir fühlen uns zurückgesetzt, wenn wir nicht erfahren, was gemacht werde. So seien im Rathause und in der Industriehalle Arbeiten ausgeführt worden, die viel Geld kosten.

Bürgermeister Wokral erwidert, dass die Arbeiten im Rathause in der Aufstellung einiger Wände und einer Tür bestanden haben, in der Industriehalle sei jedoch nichts gebaut worden. Diesbezüglich fanden nur Besprechungen statt, um die Industriehalle endlich produktiv zu gestalten und es ist möglich, dass die Sache bis zur nächsten Sitzung spruchreif sei. Hinsichtlich des Abbaues ist noch zu bemerken, dass die Volkszählung zur Durchführung gelangt, die mindestens 8 Personen erfordern wird, welche nicht aus dem Stande der Angestellten genommen werden können.

G.R. Schickl wünscht, dass wenigstens jede Woche einmal die III. Sektion zusammenkäme, um Ersparungen beraten zu können.

G.R. Steinbrecher wünscht von G.R. Schickl konkrete Beschwerden zu hören und

G.R. Schickl verweist auf die Arbeiten in der Industriestraße.

Bürgermeister Wokral erklärt, die Arbeiten in der Industriestraße seien auf einen Beschluss zurückzuführen, der schon länger zurückdatiert und bemerkt, dass nach Berichten der Mitglieder der III. Sektion diese wegen fortwährenden Reden des G.R. Schickl nicht zum Worte kommen können. Nach dem Schlussworte des G.R. Tribunner wird sodann der Antrag angenommen.

Zl. 1904/23. Punkt 6.) Erhöhung der Hundesteuer.

G.R. Baumgartner verliest den Amtsbericht und stellt im Namen der I. Sektion folgenden Antrag:
Der Gemeinderat beschließe:

1.) die Abgabe für das Halten von Hunden für das Jahr 1923 wird festgesetzt wie folgt:

a) für den ersten Hund 6 Goldkronen, für jeden weiteren Hund um drei Goldkronen mehr;

b) für Hündinnen erhöht sich der unter a) genannte Betrag um 50%.

c) für Zuchthunde beträgt die Abgabe 3 Goldkronen für jedes Tier. Als Zuchthunde kommen nur solche in Betracht, für die der Besitzer den Nachweis durch den Hundezuchtverein erbringt, dass die Tiere tatsächlich Rassehunde sind und nur zur Zucht verwendet werden.

2.) In die Abgabe werden die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Juni 1922 bereits bezahlten Beträge eingerechnet.

3.) Die Einzahlungen bzw. Nachzahlungen sind bis längstens Ende März 1923 beim Magistrate Steyr vorzunehmen.

4.) Die derzeit in Verwendung stehenden Marken gelten bis 31. Dezember 1923.

5.) Die Hauseigentümer sind verpflichtet, die Anzahl der in ihrem Hause befindlichen Hunde zu erheben und unter Angabe der betreffenden Wohnparteien den Amtsorganen auf Verlangen bekanntzugeben.

6.) Im Übrigen gelten - insbesondere was die Strafbestimmungen anbelangt - die Bestimmungen der Kundmachung vom 26. Juni 1922, Zl. 4564/22, betreffend die Versteuerung und das Halten von Hunden im Stadtgebiete Steyr.

G.R. Dr. Peyrer stellt das Verlangen, dass jenen Parteien freigestellt werden soll, ihre Hunde abzustoßen, wenn sie die erhöhte Steuer nicht bezahlen wollen. V.Bgm. Dedic wünscht eine Einschränkung der Hunde überhaupt, da solche meist nicht zum Vergnügen, sondern eher zum Verdienen gehalten werden. Die G.R. Schickl und Frühwald stellen Anfragen wegen Nutz- und Rassehunde, worauf G.R. Baumgartner im Schluss zusagt, dass der Anregung des G.R. Dr. Peyrer Rechnung getragen werden wird.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Punkt 8.) Konzessionserwerbung.

G.R. Baumgartner verliest den Amtsbericht und stellt namens der I. Sektion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe die Erwerbung der Konzession zur Ausübung des Rauchfangkehrergewerbes, beschränkt auf die ihr gehörigen Objekte. Das Gemeinderatspräsidium wird ermächtigt, einen tauglichen Geschäftsführer zu bestellen.

G.R. Prof. glaubt, die Geschichte wird nicht gehen, weil Kehrbezirke bestehen und wird die Sache bei der Regierung scheitern. Juridische Personen können keine Konzession bekommen und der bestellte Geschäftsführer wird nicht vollauf beschäftigt sein. Schließlich erklärt er namens der Minorität dem Antrage nicht zustimmen zu können.

V.B. Dedic verweist darauf, dass die Gemeinde bestrebt ist, etwas zu ersparen, empfiehlt die Annahme des Antrages auch seitens der Minorität, weil sie sonst, da sie stets Ersparungen verlangen, mit sich selbst in Widerspruch gelangen.

Bürgermeister Wokral betont, dass diese Aktion nur für die eigenen Gebäude der Gemeinde geplant sei.

G.R. Schickl sagt, es sei nicht bewiesen, dass die Gemeinde etwas ersparen werde und bezeichnet den Antrag als Terrorfall.

Nach einem Schlussworte des Berichterstatters G.R. Baumgartner wird der Antrag angenommen.

III.Sektion.

Punkt 10.) Überlassung einer Grundparzelle an die Bundeswasserbauverwaltung. 434/23
Berichterstatter G.R. Dr. Furrer begründet den Sektionsantrag auf vorbehaltlose Abtretung der Grundparzelle 1982 Wald.

G.R. Eisterlehner stellt eine Anfrage wegen absolvierter Prüfung des Oberbaurates Minarzik.

Bürgermeister Wokral erklärt dagegen, dies gelegentlich mitzuteilen.

Der Antrag wird angenommen.

IV. Sektion.

Punkt 11.) Beschaffung von Wäsche für das Krankenhaus.

Zl. 1332/23. V.B. Dedic stellt als Berichterstatter für die Sektion folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, zur Ergänzung der Spitalwäsche, bestehend aus je 2 Leintüchern und 2 Überzügen zu bewilligen. Das Erfordernis wird ca. 18 1/2 Millionen betragen.

Ohne Debatte angenommen.

Punkt 12.) Beschlussfassung über eine Eingabe des Arbeitslosenkomitees.

V.B. Dedic berichtet über den Inhalt der Eingabe an die Landesregierung wegen Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung auf wöchentlich 100.000 Kronen, ferner über eine zweite Eingabe wegen Zuschüsse an Lebensmittel, Holz oder Bargeld und stellt für die Sektion IV folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1.) Der Gemeinderat anerkennt vollinhaltlich die Forderung der Arbeitslosen an die Bundesregierung bezüglich Erhöhung der derzeitigen unzulänglichen Arbeitslosenunterstützung auf 100.000 Kronen pro Woche. Auch das Ansuchen des Arbeitslosenkomitees an die o.ö. Landesregierung wegen einer Unterstützung in der Form von Vorschüssen sowie der Beistellung von Brennmaterial wird unterstützt und das Gemeinderatspräsidium ermächtigt, in geeigneter Weise bei den oben angeführten Stellen vorstellig zu werden und die Forderungen der Arbeitslosen auf das tatkräftigste zu unterstützen.

2.) Zur teilweisen Linderung der Not der arbeitslosen Familien und Ausgesteuerten werden 15.000 kg Kartoffel und 3 Waggon Kohle zur unentgeltlichen Beteiligung bewilligt. Mit der näheren Durchführung dieser Aktion wird die Fürsorgeabteilung des Magistrates betraut.

V.B. Dedic berichtet weiters, dass diese Beteiligung für die Gemeinde eine Belastung von 21 Millionen Kronen bedeutete und schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Der Wille ist vorhanden, wir tun, was wir können.“

G.R. Klement betont die furchtbare Lage der Arbeitslosen, Hunger und Verzweiflung, Elend und Not und sagt, es sei zu staunen, dass sich die Leute so ruhig verhalten, denn auch in Steyr sei eine impulsive Arbeiterschaft. Bisher sei der Abbau auf dem Rücken der Arbeiterschaft erfolgt und warnt die kompetenten Faktoren. Bisher sei es gelungen, die Ordnung zu halten, wir wissen es aber nicht, wie es noch kommt. Die Gemeinde leistet was sie kann, trotzdem ihr die Landesregierung und der Bund alles wegnimmt. Er empfiehlt am Schlusse die Zentralisierung der Wohltätigkeitsaktion behufs besserer Kontrolle und Verhütung der Doppelbeteiligung.

G.R. Prof. Brand hebt hervor, dass er seine Pflicht erfüllt habe und sich niemals gegen die Not der Zeit verschlossen hat. Er bedauert, dass in den bürgerlichen Kreisen wenig Verständnis hierfür vorhanden sei, er verstehe den Ernst der Lage und sei der Letzte, der nicht mit beitrage zur Linderung der Not. Er empfehle, so wie in Deutschland sich alle Parteien in der Not zusammengefunden haben, ein Zusammenschließen, man möge trachten, dass die Bauern hilfswillig seien. Arbeiten wir einträchtig in der Not zur Linderung derselben.

G.R. Saiber nimmt Bezug auf die Rede des G.R. Brand und appelliert an die bürgerlichen Kreise, sie mögen für Kinder einen einmonatlichen Freitisch geben.

V.B. Dedic stimmt der gemeinsamen Arbeit zu, muss aber bemerken, dass die Landwirtschaft gerade diesen Moment auserwählt hat, die Preise für Milch in die Höhe zu treiben. Andererseits hetzt die Steyrerzeitung als Organ der christlichsozialen Partei die Arbeitslosen gegen die Sozialdemokratie. Demgegenüber kann man nicht glauben, dass die Worte des Prof. Brand aufrichtig gemeint seien.

Die Minorität hat während der Rede des V.B. Dedic den Sitzungssaal verlassen und erklärt Bürgermeister Wokral, dass ein Grund zum Verlassen der Sitzung nicht vorhanden sei, dass keine Beleidigungen gefallen seien, weil er dies sicher gerügt hätte und konstatiert, dass trotz der Abwesenheit der Gemeinderäte der Minorität die volle Beschlussfähigkeit der Sitzung vorhanden sei. Der Antrag der IV. Sektion wird sodann angenommen.

Punkt 13.) Beschlussfassung über eine Eingabe des Stadtschulrates. (Frühstücksaktion).

Zl. 2962/23. G.R. Lebeda verliest den Amtsbericht und den Sektionsantrag lautend:

Über Ansuchen des Stadtschulrates Steyr werden die notwendigen Lebensmittel, die durch freiwillige Spenden nicht aufgebracht werden, von Seite der Gemeinde auf Kosten derselben zur Verfügung gestellt.

Ohne Debatte angenommen.

Punkt 14.) Erhöhung der Armenunterstützungen.

Zl. 2324. V.B. Dedic stellt im Namen der Sektion IV folgenden Antrag:

Bezugnehmend auf den letzten Beschluss der Armenratssitzung vom 25. Jänner und in Würdigung der Notwendigkeit einer Erhöhung der Armenunterstützungen und der Erziehungsbeiträge beschließt der Gemeinderat:

1.) Fortlaufende Unterstützungen sowie Erziehungsbeiträge können bis 12.000 Kronen erhöht werden.

2.) Für elternlose Kinder oder für Kinder, dessen Eltern nicht in der Lage sind, für den Lebensunterhalt derselben aufzukommen und sich in einer fremden Pflege befinden, können Unterhaltsbeiträge bewilligt werden.

3.) Die Unterstützungen der im Versorgungs- und Altersheime sich befindlichen Pfleglinge werden um 100% erhöht.

4.) Parteien, die in einer Armenversorgung stehen und eine eigene Wohnung besitzen und besonders bedürftig sind, können über besonderes Ansuchen Mietzinsbeiträge bewilligt werden.

5.) Alle bewilligten Unterstützungen gelten immer höchstens für das laufende Kalenderjahr.

6.) Der Gemeinderat gibt seine Zustimmung dazu, dass von jetzt an die Sitzungen des Armenrates sowie des Erziehungsrates (Armenrat für Minderjährige) gemeinsam abgehalten werden und die Mitglieder beider Körperschaften gemeinsam über alle Fälle der Armenversorgung ihre Stimme abgeben. Die Durchführung der Änderung der Statuten des Armenrates im obigen Sinne und des Erziehungsrates wird der Fürsorgeabteilung aufgetragen und berichtet über eine Anfrage des G.R. Steinbrecher, dass das Erfordernis ca. 20 Millionen Kronen betragen werde.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen.

Der Vorsitzende: Wokral m.p.

Die Protokollprüfer: Schwandtner Anton m.p. Schickl Fritz m.p.

Der Schriftführer: Kapinus. m.p.